

Wer die Wahl hat, hat die Qual

Gedanken zur Landtagswahl 2021

Ich gebe zu, ich lese gerne Wahlprogramme, speziell natürlich über den Bildungsbereich. Sie sind nicht so frustrierend wie die Schulwirklichkeit. Sie zeigen immer wieder, was die Politiker auch gerne hätten, aber nicht bezahlen wollen. Und mit einem guten Rückwärts-Gedächtnis regt es -so traurig es ist- immer wieder zum Schmunzeln an. Lesen wir doch einmal nach, was die großen vier Parteien ihren Wählern im Wahlprogramm 2021 versprechen. Dabei möchte ich nicht die allgemein bekannten Bildungsziele betrachten, sondern mich auf Aussagen beschränken, die zum Staunen veranlassen, oder im wahrsten Sinne des Wortes „merkwürdig“ sind.



Bei den Grünen stechen uns sofort die ‚multiprofessionellen Teams‘ ins Auge, mit denen die



Grundschulen als erstes ausgestattet werden sollen. Zu solchen Teams „gehören zum Beispiel Pädagog*innen, Psycholog*innen, Logopäd*innen, Ergo- und Lerntherapeut*innen, aber auch Praktikant*innen und im Freiwilligendienst Engagierte“. - Wow! Toll! Noch 2012 hatte Kretschmann -ein Jahr nach seiner Amtsübernahme verkündet, dass 11 600 Lehrerstellen „angesichts des

Schülerrückgangs“ eingespart werden könnten. Spätestens 2015 musste er -nicht nur wegen der ankommenden Geflüchteten- einsehen, dass diese Annahme auf einen Irrweg führte. Seither bemüht man sich – und bis heute steht das „Bemühen“ im Vordergrund- wenigstens jede Klasse mit einer staatlich ausgebildeten Lehrkraft zu besetzen, was allerdings erschreckenderweise nicht gelingt. Und in solchen Situationen fabuliert man von multiprofessionellen Teams? Ich finde das recht verwegen.

Der Pisa-Schock um die Jahrtausendwende veranlasste damals schon die verantwortlichen Politiker zu Reisen in die skandinavischen Länder, die eine Vorreiter-Rolle innehatten. Bereits seinerzeit konnte man dort abspicken, was Schule erfolgreich macht. Während man hierzulande immer noch ein Problem daraus formuliert, ob eine Schulsekretärin einem blutenden Kind ein Pflaster auf den Finger kleben darf, gibt es dort an den Schulen schon längst ausgebildete Sanitäter, die in den Krankenzimmern der Schulen diese und schlimmer verletzte Schüler/innen versorgen. Auch sie -die Sanitäter- gehören zum multiprofessionellen Team. Und: Haben wir nicht schon genügend Erfahrung damit, wie schwer es heutzutage ist, von einem Kinderarzt ein Rezept für Logopädie zu bekommen? In der Schweiz funktioniert das ganz anders. Die Logopädin ist Teil des Kollegiums und die Lehrkraft schickt das Kind bei Bedarf schnell mal an die nächste Türe. Es wäre sehr zu wünschen, dass die multiprofessionellen Teams auch an baden-württembergischen Schulen Platz griffen, ich fürchte nur, man kann in den nächsten drei bis fünf Wahlprogrammen die Absichtserklärungen immer noch formulieren, ohne dass sich bis dahin Entscheidendes positiv geändert hat.

„Wir stehen für ein vielfältiges Schulsystem“ titelt die CDU einen ihrer Abschnitte im Wahlprogramm. Schön. Aber ob sie auch weiß, dass Vielfalt, egal wie es immer gemeint sein mag, automatisch bedeutet, dass mehr Personal dafür benötigt wird? Je vielfältiger die Herausforderungen für „Schule“ sind, desto vielfältiger, also zunächst mit mehr Personal, muss die Befriedigung der bestehenden Herausforderungen angegangen werden. Aber zwei Absätze später, wird ja sogar eine Lösungsmöglichkeit aufgezeigt: „Für die Qualität der Arbeit in den Schulen sind die Leitungen entscheidend. Über die Maßnahmen der Stärkung und Entlastung der Schulleiterinnen und Schulleiter in der zu Ende gehenden Legislaturperiode hinaus werden wir ihre Leitungszeit erhöhen, wenn die dafür erforderliche Stellenbesetzung durch eine Entspannung auf dem Lehrerarbeitsmarkt möglich ist“. Na, das ist ja wirklich nicht zu viel versprochen: „...wenn.... (sie).. durch eine Entspannung auf dem Lehrerarbeitsmarkt möglich ist...“. Auch hier wird sich diese Forderung -da unerfüllbar- noch Jahre erhalten können. Seit über 30 Jahren ist der Lehrerarbeitsmarkt angespannt. In den guten Zeiten (80-er Jahre ff.) ließ gerade die CDU viele ausgebildete Lehrkräfte in andere Bundesländer und in die Schweiz ziehen. Schon damals hat der VBE immer wieder den Ausbau einer Lehrerreserve von 6 % gefordert. Niemand hat darauf reagiert. Ein paar Lehrkräfte zu wenig waren immer gerade viele genug. Doch lesen wir weiter: „Auf gut ausgebildete und hoch motivierte Lehrerinnen und Lehrer kommt es an! Wir wollen, dass sie für ihre Arbeit in der Öffentlichkeit mehr Wertschätzung und Anerkennung erfahren.“ Um das auszutesten kommt Corona doch gerade recht. Wer stand fast ein Jahr lang ohne Dienst-Masken und Schutzkleidung im Unterricht? Die Lehrkräfte, deren Anerkennung daraus bestand, dass Frau Eisenmann unter die Briefe mit den freundlichen Grüßen noch handschriftlich ihre Wertschätzung hinzufügte. Ob das wirklich ausreicht? Da hofft man doch vor der Anerkennung durch die Öffentlichkeit erstmal auf die merkliche Wertschätzung durch den Dienstherrn.

Also, wenn ich mich richtig erinnere, hatte die SPD von 2011 bis 2016 in einem grün-roten Kabinett das Sagen in der Bildungspolitik. Egal, ob in jener Wahlperiode oder in der ablaufenden, bis auf den Ministerpräsidenten selbst, der ab und zu mal ein Machtwort sprach, haben sich die Grünen bildungspolitisch doch sehr zurückgehalten. Dass der damalige Kultusminister Stoch jetzt als SPD-Parteivorsitzender fungiert, macht die Sache interessant und brisant. Im Wahlprogramm mit „Gute Bildung“ überschrieben, wird vor allen Dingen auf die Devise „mehr Lehrer einstellen“ Wert gelegt. (Woher nehmen und nicht stehlen?) Das Zwei-Pädagogen-Prinzip bei der Inklusion wird genannt, eine 10-Millionen-Extra-Ausschüttung zur Bewältigung von Benachteiligungen aus der Corona-Krise soll bereitgestellt werden. Wie bekannt hebt die SPD im Kita-Bereich auf Gebührenfreiheit ab und möchte den Orientierungsplan verbindlich machen. Naja, seitdem durch Corona Millionen und Milliarden in alle Richtungen geschoben werden, meint man ja, in dem Land zu sein, wo Milch und Honig fließen. Tatsache ist aber, dass seit der Erfindung des Orientierungsplans im Jahre 2003 das Land immer nur die Richtung avisierte. Ob eine Kommune -die dafür zuständig war- das erforderliche Geld locker machte oder machen konnte, interessierte das Land herzlich wenig. Letztendlich waren es die Erzieher/innen, die die Ziele des Orientierungsplans oft ohne jegliche Unterstützung umsetzen.

CDU BaWü



Eine weitere Bemerkung muss in diesem Zusammenhang sein: Neben dem nicht sehr detaillierten Wahlprogramm gibt es ein sehr ausführliches SPD-Positionspapier „Faire Arbeitsbedingungen für gute Lehrkräfte in unserem Land“. In 33 Punkten wird dort von der Verwerflichkeit der Entlassung der befristet angestellten Lehrkräfte in den Sommerferien über die Erfordernisse der Einführung des Ethikunterrichts und „notwendigen Reformen“ all das als Ziel aufgeführt, was Herr Stoch von 2011 bis 2016 hätte gestalten und durchführen können. Ich frage mich schon, warum er sich das damals, als die Steuereinnahmen sprudelten, entgehen ließ? Das wäre der große Wurf gewesen.

Die FDP war vor 2011 mehrere Legislaturperioden in der Verantwortung. Allerdings war sie prozentual nie so stark, dass sie die CDU-Bildungspolitik maßgeblich beeinflussen konnte. Bildungspolitische Erfolge bewegten sich zwischen Mehrheitsbeschaffung für die CDU und im Rahmen kleiner Richtungskorrekturen. Trotzdem gibt es Aspekte im Wahlprogramm, die man ernst nehmen sollte, zumal sie nicht in Vergessenheit geraten dürfen. Die FDP möchte „starke Anreize für die kommunalen Schulträger schaffen, ihre Schulgebäude aufgabengerecht auszustatten, zu pflegen und zu modernisieren“. Nun das passt doch gerade zur Digitalisierungsinitiative. Offenbar haben wir ja Millionen und Milliarden – was könnte uns Besseres passieren, als diese für die Bildung auszugeben? Sehr löblich ist, dass das Wahlprogramm auch auf einen Abbau des Beförderungsstaus bei Fachlehrern und technischen Lehrkräften abhebt. Schließlich warten die Kolleg/inn/en teilweise länger als 10 Jahre auf die verdiente Beförderung und Höhergruppierung, weil die Beförderungstellen im Haushalt künstlich schmal gehalten werden.

Wie die anderen Parteien auch, sieht die FDP nicht vor, die Grundschullehrer auf A 13 anzuheben, allerdings erwähnt sie als einzige, den Grundschul-Lehrkräften eine Zulage zu gewähren, wenn sie besonders qualifizierte Tätigkeiten verrichten. Die Realschulen würden in einer FDP-Verantwortung eine Stärkung erfahren, ebenso wie die Beruflichen Schulen und Beruflichen Gymnasien.

Liebe Leserin, lieber Leser,
ich habe versucht aus den Wahlprogrammen mir Auffallendes herauszuziehen. Das entbindet Sie als guten Staatsbürger nicht davon, die Wahlprogramme – auch anderer Parteien im Internet aufzurufen, diese zu studieren, uns sich eigene Gedanken dazu zu machen. Dazu wünsche ich Ihnen gute Erkenntnisse.

